

Krafauer Zeitung.

Nr. 295.

Donnerstag den 28. December

1865.

Die „Krafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafa 3 fl., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 38 Nkr., einzelne Nummern 5 Nkr. IX. Jahrgang. Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierstellige Zeitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatte für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Sempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten. Annoncen übernehmen die Herren: Haafenstein & Bogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien, und Herr Herzog in Lemberg.

Einladung zum Abonnement

auf das mit dem 1. Januar l. J. beginnende neue Quartal der

„Krafauer Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis für die Zeit vom 1. Januar bis Ende März 1866 beträgt für Krafa 3 fl., für auswärtig mit Inbegriff der Postzusendung 4 fl.

Abonnements auf einzelne Monate (vom Tage der Zusendung des ersten Blattes an) werden für Krafa mit 1 fl., für auswärtig mit 1 fl. 35 Nkr. berechnet.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den pensionirten k. k. ersten Leibarzt und Hofrath Johann Ritter v. Sebnurger als Ritter des Ordens der eisernen Krone zweiter Classe den Ordensstarren gemäß in den Freiherrenstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Großhändler Joseph Geitler Edlen v. Werninggen als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Classe den Ordensstarren gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. December d. J. den Feldmarschalllieutenant und Cavalleriedivisionsführer Kasimir Grafen Fretsch de Tola zum zweiten Inhaber des Kürassierregiments Feldmarschall Graf Wrangel Nr. 2 allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 18. December d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der Sectionschef im Finanzministerium Vincenz Ludwig Ritter v. Savoyen das ihm von Se. Majestät dem Könige von Sachsen verliehene Komthureuz erster Classe des sächsischen Albrecht-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 6. December d. J. allergnädigst zu gestatten geruht, daß der k. k. Sectionsrath und Leiter des k. k. Generalconsulats in Paris Ritter v. Schwarz das Komthureuz des k. hannoverschen Guelphen-Ordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. December d. J. dem interimistischen Leiter der Generalhauptbuchhaltung, Viechschuchhalter Angelus Alexich bei seiner Versetzung in den dauernden Anbesand in Anerkennung seiner mehr als fünfjährigen lobenden Dienstleistung den Titel und Charakter eines Regierungsrathes mit Nachsicht der Loren allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 19. December d. J. den Hofsecretär der Obernen Rechnungscontrollbehörde Friedrich Fischer zum Hofbuchhalter und ersten Vorstände der Generalhauptbuchhaltung allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. December d. J. den Zögling der k. k. Theresianischen Akademie Grwin Köpfer Freiherrn von Hofner zum k. k. Edelknaben allergnädigst zu ernennen geruht.

Die k. u. ungarische Hofkanzlei hat dem wirklichen Hofsecretär bei derselben verlichen.

Die k. u. ungarische Hofkanzlei hat die Supplenten am evangelischen Staatsgymnasium in Kautschau Johann Gregmader, Wilhelm Kaufmann und Eyring Kupcz zu wirklichen Gymnasiallehrern an derselben bekräftigt ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Krafa, 28. December.

Die „Debatte“ schreibt: Wir erfahren von verlässlicher Seite, daß die Dotationen der einzelnen Ministerien für December gegen den Veranschlag eine Ersparnis von 1.200.000 fl. nachweisen; ein neuerlicher Beweis höchst erfreulicher Art, wie ernst es das gegenwärtige Ministerium mit seiner Aufgabe nimmt, in allen Zweigen der Verwaltung die größtmögliche Sparsamkeit eintreten zu lassen.

Das nächstjährige Budget, abermals wesentlich herabgemindert, ist im Ministerrath definitiv festgestellt und hat die Drucklegung begonnen.

Zur Frage der Richtigstellung der Sachbilanzen von Actiengesellschaften bringt die amtliche „Prag. Ztg.“ folgende Wiener Correspondenz, die, wie wir Grund haben zu glauben, aus officiellen Quellen geschöpft hat: „Es ist in den hiesigen Blättern eine lebhafteste Controverse über eine angebliche Ministerialbefugung entstanden, welche gegen den Mißbrauch der imaginären Bilanzen, welche sich der größte Theil unserer großen Geldinstitute in ihren jährlichen Rechenschaftsberichten zum Behufe hoher Dividenden erlaubt, gerichtet sein soll. Dieser angebliche Erlaß hat selbstverständlich die größte Sensation in der Geschäftswelt und im großen Publicum gemacht. Namentlich sind die Inhaber der Creditactien darüber betroffen, ja von panischem Schrecken ergriffen, weil, wenn sich die betreffende Maßregel bewahrheiten sollte und keine andere als eine thatsächlich begründete Dividende vertheilt werden dürfte, das genannte Papier eine starke Waise und ein großer Theil der Speculationssphäre schwere Verluste erleiden müßte. Die „Debatte“, deren Mittheilung man eine gewisse Bedeu-

tung zuzuschreiben geneigt ist, hat nun vor einigen Tagen die Nachricht von einem derartigen Rescripte — das, wie sie ganz richtig bemerkt, nicht vom Handelsminister, sondern nur vom Finanzminister erlassen werden könnte — als aus der Luft gegriffen bezeichnet. Soweit wir in der Sache unterrichtet sind, ist die Behauptung der „Debatte“, daß ein solches peremptorisches Ministerrescript nicht existire, wohl eine begründete; das schließt aber nicht aus, daß die Regierung gesonnen ist, durch ihre Regierungscommissäre künftig strenger darüber wachen zu lassen, daß die in der Bilanz figurirenden Activa auch wirklich vorhanden sind und nur nach dem Werthe eingestellt werden, zu welchem dieselben wenigstens annähernd zu realisiren sein dürften. Es dürfte daher eine allmähliche Rückkehr zu gesunder Bilanz im Interesse des Geldmarktes und der Inhaber derartiger Papiere wohl erfolgen. Wir erinnern nur an den ähnlichen Vorgang in der Gehahrung des „Triester Lloyd“.

In Angelegenheit des Concordates erfährt man, daß die römische Curie durchaus keine Concessionen zu machen geneigt ist. Es war das eigentlich vorausgesehen. Nur der Umstand, daß das Concordat durch die Anerkennung der Rechtscontinuität der 1848er ungarischen Gesetze für Ungarn thatsächlich aufgehoben ist, mag wohl bei Vielen die Hoffnung wachgerufen haben, daß man in Rom mildere Saiten aufgezogen werde. Daran ist aber nicht zu denken. Rom wird auf seine unveräußerlichen kirchlichen Rechte nicht verzichten, höchstens will es sich dazu verstehen, eine etwaige Anzeige von der weiteren Unausführbarkeit der Bestimmungen des Concordates unter Rechtsverwahrung „einfach“ zur Kenntniß nehmen, ohne deshalb sofort einen Conflict zu provociren. — Es muß, argumentiren die für Abänderung des Concordates eingenommenen Blätter, dies notwendig, wenn die Regierung die Principien des September-Patentes anders nicht verleugnen will, zur Sistirung des Concordates führen. Hat man die Februarverfassung nicht, weil sie angeblich mit den ungarischen Gesetzen nicht in Einklang zu bringen war, so wird doch wohl die Sistirung des Concordates geboten sein, dessen Unvereinbarkeit mit den ungarischen Gesetzen auf klarer Hand liegt. Erhalten die Ungarn ihr eigenes Ministerium (nach einer Wiener Corr. der „Grazzer Tagespost“) ist die Concession eines eigenen ungarischen Unterrichts bereits eine vollendete Thatsache. Wir registriren lediglich dieses nicht sehr glaubwürdige Gerücht, so ist die Sistirung des Concordates für Ungarn unausweichlich und hemmt das Eis gebrochen auch für die dieselbstherrschaftliche Hälfte des Kaiserreiches.

Wie erwähnt, sind die in Paris geführten Verhandlungen, betreffend den österreichisch-französischen Handelsvertrag, geschlossen. In Folge dessen wurde der dortige k. k. Generalconsul Sectionsrath Schwarz nach Wien berufen, dürfte in 5 bis 6 Tagen eintreffen und schon die bestimmt formulirten Propositionen und Zugeständnisse Frankreichs zur Vorlage an unser Cabinet mitbringen. Es ist ziemlich sicher, daß die eigentlichen Verhandlungen in Wien geführt werden und daß der Herzog von Gramont als erster und der Chef der handelspolitischen Abtheilung im Ministerium, Herbert, als zweiter Bevollmächtigter Frankreichs fungiren wird.

Nach dem „Memorial Diplomatique“ wird der Handelsvertrag, welcher zwischen Oesterreich und England abgeschlossen worden ist, deshalb am 1. Jänner 1867 in Kraft treten, weil die Bevollmächtigten sich jetzt nur über die Provinzen geeinigt haben, die später für die Aufstellung der Tarife in Anwendung kommen sollen. Der Vertrag, über welchen Oesterreich jetzt mit Frankreich unterhandelt, wird als Basis angenommen werden, wobei sich die Wiener Regierung jedoch vorbehalten hat, von England Compensationen zu verlangen.

Ueber die Stellung, welche Oesterreich Italien gegenüber bei Gelegenheit eines zwischen beiden Mächten abzuschließenden commerciellen Abkommens beobachtet und worüber sich der General Lamarmora in seiner Depesche vom 25. November ausgelassen hat, enthält das Memorial Diplomatique folgende officiöse Mittheilungen: „Unsere Correspondenzen melden uns, daß die Schritte des österreichischen Cabinets weniger dem Zweck hatten, im voraus die Ausdehnung des Abkommens zu bestimmen, als die Nützlichkeit desselben hervorzuheben. Man versichert uns ferner, daß der Vorschlag, alle jetzt mit der Krone von Savoyen vereinigten Provinzen der Halbinsel in das Abkommen aufzunehmen, in Wien keinen systematischen Widerstand finden würde. Indessen glaubt die österreichische Regierung genug gethan zu haben, wenn sie ihren aufrichtigen Wunsch kund gab, mit Italien Beziehungen guter Nachbarschaft zu unterhalten, und sie wird nun, um diesen Gefinnungen Ausdruck zu

geben, warten, bis das Florentiner Cabinet die Unterhandlungen wieder eröffnet, deren Nutzen es nicht hat zugeben wollen.

Ministerialrath v. Hoffmann, der Civil-Adlatus des Generals Gablenz, der, wie erwähnt, die Weibnachtsfeierstage in Wien zugebracht, wird noch vor Neujahr seine Rückreise nach Kiel antreten; er wird, schreibt ein Wiener officiöses Blatt, der Vorläufer einer kaiserlichen Entschliessung sein, welche einreise einer längeren Periode, daß Oesterreich, fest auf dem Boden des Gasteiner Vertrages stehend, sich in Holstein für längere Zeit einzurichten habe, und welche andererseits den Beweis liefere, daß es sich im Einklange mit der Stimmung im Lande weise, und feinerseits dem „Augustenburgerthum“ weder mißtraut, noch es fürchtet.

Einer officiösen Wiener Correspondenz der „Börse“ ist das Berliner Cabinet über die auf Anregung der Westmächte stattgehabten mehrfachen officiösen Pourparlers, bezüglich der Schleswig-holsteinischen Frage, zwischen der Wiener Regierung und den Westmächten sehr ungehalten.

Die „Kreuzzeitung“ stellt das Gerücht, der Großherzog von Oldenburg habe die Abtretung der Gotorpischen Erblande gegen eine gewisse Geldsumme der preussischen Regierung angeboten, entschieden in Abrede.

Die Fortschrittspartei in Baiern bezieht gegen die Behauptung zu remonstriren, daß das Volk die Entfernung Wagner's wolle. Sie will dem Könige den Beweis liefern, daß die liberale Majorität ihn in seinen Privatneigungen durchaus nicht beschränken und um den Vollgenuss seiner constitutionellen Rechte bringen wolle. In Nördlingen, Passau und Nürnberg sind Massen-Kundgebungen in dieser Richtung bereits erfolgt. Die liberale Partei wird, um den Ausdruck des Volkswillens unverfälscht zur Kenntniß des Königs zu bringen, Deputationen entsenden.

Bezeichnend für die gegenwärtige Stimmung in Belgien ist die Antwort des ehemaligen klericalen Ministers Pierre Dedeker und Alphons Notomb auf das an sie als Mitglieder des Directoriums der sächsischen Hypothekbank von ihren Leipziger Kollegen gerichtete Condoleenzschreiben. Diese Antwort lautet: „Belgien hat in unserem verheerenden Monarchen eine seiner sichersten Stützen verloren. In ihm hatte sich die Unabhängigkeit Belgiens gefestigt und wir möchten sagen, verlorpört. Doch sein erhabener Schatten wird uns ferner leuchten. Wir dürfen uns glücklich schätzen, daß die Vorsehung, welche über ehrenhafte und der Freiheit würdige Völker sichtlich wacht, uns in unserem vielgeliebten Könige Leopold II. einen Nachfolger gibt, welcher unerschütterlich an den Grundfesten festhalten wird, kraft welcher Belgien in das Recht der europäischen Völkerfamilien eingetreten ist. Der Jubel ohne gleichen, welcher die Thronbesteigung des neuen Herrschers begrüßte, ist nicht allein der feierliche Einspruch eines ganzen wie ein Mann vereinigten Volks gegen jede Fremdberrschaft, sondern auch die freudige Anerkennung eines Herrschergeschlechtes, dessen Zukunft von der seinigen zu trennen, die belgische Nation niemals zugeben wird.“

Der „Allg. Ztg.“ zufolge soll nach einem zwischen Rom und Frankreich getroffenen Uebereinkommen ein französisches Corps von 10.000 Mann in den päpstlichen Dienst treten. Die weiteren Modalitäten des Abkommens sind noch nicht bekannt. Bestätigt sich diese Nachricht, so erhält dieselbe noch eine erhöhte Bedeutung durch die Clause, daß die sämmtlichen Angehörigen dieses Corps, obgleich der römischen Fahne schwörend, doch ihrer Eigenschaft als Franzosen nicht verlustig werden sollen.

Nach Briefen des „Memorial“ aus Rom werden die Unterhandlungen über die Uebertragung eines Theiles der römischen Schuld, auf das Königreich Italien sehr eifrig zwischen Frankreich und der päpstlichen Regierung fortgesetzt. So wie man sich über das Princip geeinigt haben wird, (darin liegt jedoch die Hauptschwierigkeit) soll eine Commission eingesetzt werden, welche das römische Budget in einer der jetzigen Ausdehnung des Kirchengebietes entsprechenden Weise zu beschränken haben wird. Trotz aller gegentheiligen Behauptungen ist aber, wie das „Memorial“ versichern kann, diese Angelegenheit noch nicht über die präliminären Unterhandlungen zwischen Cardinal Antonelli und Graf Sartiges hinausgekommen.

In Folge der Anerkennung des Königreichs Italiens von Seiten Sachsens soll, wie verlautet, die diplomatische Verbindung zwischen den beiden Staaten, um mehr derart geregelt werden, daß der italienische Gesandte in Berlin, Herr v. Barral, zugleich beim Dresdener Hofe accreditirt wird, und in Dresden selbst ein Geschäftsträger ständigen Aufenthalt nimmt. Selbstverständlich wird der Geschäftsträger

Franz II. Dresden verlassen, obgleich Herr v. Boust ihm eröffnet haben soll, daß gegen sein Verbleiben eine Einwendung nicht werde erhoben werden.

Ueber die Florentiner Cabinetkrisis finden wir in der „Opin.“ folgende Angaben: „Der König welcher am 21. in Florenz ankam, conferirte während seiner Durchfahrt in Bologna im Bahnhofe mit General Cialdini, nahm sogleich bei seiner Ankunft in Florenz die Demission der Minister an, und General Lamarmora schlug ihm den General Cialdini, den Baron Nicasoli und Lanza als diejenigen Männer vor, welche er mit der Bildung eines neuen Cabinetes betrauen könnte. Weiter meldet das genannte Blatt, daß die Cabinetbildung auf Schwierigkeiten stoße, da die meisten politischen Persönlichkeiten unter den gegenwärtigen Umständen sich weigern, die Verantwortlichkeit für ihr Amt zu übernehmen. Man bezeichne jedoch Lamarmora für das Äußere, Chiaves für das Innere, Lanza für die Finanzen, Jacini für die öffentlichen Arbeiten. Bisconti-Benosta war, wie die „Verse.“ versichert, nicht unter denjenigen, welchen ein Portefeuille angeboten worden ist. — In Paris ging das Gerücht, Victor Emanuel habe einen Staatsreich vor.“

Das Project einer Heirat zwischen Prinz Humbert von Italien und der jungen Großfürstin Leuchtenberg ist, nach dem „Memorial“, definitiv wegen Gründen der Religions-Unterschiedlichkeit aufgegeben.

Mehrere Wiener Blätter haben die Nachricht gebracht, daß der Herzog von Modena von dem französischen Botschafter in Wien zu einer Soirée geladen worden und bei derselben erschienen sei. Die „France“ findet sich veranlaßt, diese Nachricht als vollkommen unbegründet zu bezeichnen.

Die Königin Isabella II. ist voll Gewissensbisse über die Anerkennung Italiens durch die spanische Regierung. Die „Epoca“ meldet, daß die Königin am 23. Dec. den Vater Claret wieder im Schlosse empfangen hat und die „Correspondencia“ von demselben Tage berichtet, daß der Papst der Königin einen liebevollen Brief zugehant hat, worin er den religiösen Gefühlen Gerechtigkeit widerfahren lasse, von denen Ihre Majestät bei der Anerkennung des Königreichs Italien erfüllt ward.“ Bekanntlich schickte die Königin den Vater Claret nach Rom, um Dispens wegen jenes Regierungsdecretes für die Königin zu erwirken, während die spanischen Bischöfe, welche Cortes-Mitglieder sind, eine Demonstration gegen die Anerkennung Italiens vorbereiten.

Seitdem die Verfassungs-Reform in Schweden zur Thatsache geworden, mehren sich in anerkennenswerther Weise die Bestrebungen, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens den hindernden Schutt zu beseitigen. So hat neuestens der dem geistlichen Stande angehörige Professor Ribbing im Verfassungs-Comité in Stockholm einen Antrag auf Zulassung der Juden zu den öffentlichen Aemtern gestellt. Man zweifelt nicht, daß dieser Antrag angenommen werde und gibt sich auch der Hoffnung hin, als nächste Folge davon die Beschränkungen aufgehoben zu sehen, unter denen die Katholiken in Schweden bis zur Stunde noch leben.

Seitdem der junge König von Griechenland seinen einzigen Rathgeber, den Grafen Spouckel, entlassen mußte, steht er in dem fremden, wild aufgeregten Lande vollständig rath- und hilflos da, und ist er jeden Moment der Gefahr ausgesetzt, vertrieben zu werden. Es sucht daher der däuische Gesandte in London, Herr von Büow, dahin zu wirken, daß von Seiten der Schuzmächte Griechenlands für den König Georgios etwas geschehe. Wie gemeldet wird, sind die Bemühungen des Herrn von Büow nicht ohne Erfolg geblieben, und dürfte demnächst in Griechenland derauf intervenirt werden, daß vorerst die wichtigsten Küstenpunkte von Seiten der Schuzmächte besetzt werden.

Aus Paris verlautet daß Kaiser Napoleon, weit entfernt, jetzt seine Truppen aus Mexiko zurückzuziehen, diese im Gegenheil mindestens bis Ende 1867 dort zu belassen und überhaupt die im Jahre 1864 hierüber in Miramar geschlossene Convention vollständig einzuhalten gewillt ist.

Das „Memorial diplomatique“ versichert, daß, wenn der Vertreter der Vereinigten Staaten in Wien, Herr Lothrop Motley, wirklich die Einstellung der Werbungen für Mexico in Oesterreich verlangt haben sollte (was bekanntlich bereits demittirt ist), eine sehr überzeugende Antwort für ihn zu Wien schon bereit sei. Die Vereinigten Staaten seien die einzige Regierung gewesen, die, ohne die diplomatischen Beziehungen mit Oesterreich zu unterbrechen, 1849 die revolutionäre Regierung von Ungarn anerkannt und in der Person des Herrn Dudley Mann einen Vertreter bei derselben ernannt habe. — Nach einem solchen Vorgang seien sie um so weniger berechtigt, sich

Kundmachung. (1306. 1)

Erkenntnis.

Das k. k. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft der ihm von Sr. k. k. Apostol. Majestät verliehenen Amtsgewalt, daß der Inhalt der Druckschrift: „Die Urtheile heidnischer und jüdischer Schriftsteller der vier ersten christlichen Jahrhunderte über Jesus und die ersten Christen, eine Zeitschrift an die gebildeten Deutschen zur weiteren Orientirung in der Frage über die Gottheit Jesu, von Richard van der Alm (Verfasser der theologischen Briefe an die deutsche Nation), Leipzig, Verlag von Otto Wigand, 1864.“ das Verbrechen der Religionsstörung nach § 122 lit. a und b und das Vergehen der Beleidigung gesetzlich anerkannter Kirchen nach § 303 begründet und verbindet damit das Verbot der weiteren Verbreitung nach § 36 V. G.

Vom k. k. Landesgerichte in Strafsachen. Wien, am 9. Dezember 1865.

Der k. k. Landesgerichts-Präsident, Boschan m. p. Der k. k. Rathsecretär, Thallinger m. p.

3. 13237. Kundmachung. (1301. 2-3)

Wegen eingetretener Hindernisse konnte die unterm 25. v. M. 3. 12276/pr. für den 21. d. M. bestimmte Wahl eines Landtagsabgeordneten aus dem Wahlkörper des großen Grundbesitzes im Czortkower Kreise am besagten Tage nicht stattfinden.

Dieselbe wird daher am 28. d. M. in Zaleszczyki vorgenommen werden.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Vom k. k. Statthalterei-Präsidium. Lemberg, am 22. Dezember 1865.

Obwieszczenie.

Dla nieprzewidzianych przeszkód nie mógł się odbyć w dniu oznaczonym wybór jednego posła z okręgu wyborczego większych posiadłości obwodu Czortkowskiego, rozpisany pod dniem 23 z. m. l. 12276/pr. na 21 b. m.

Wybór ten przedsięwziętym będzie zatem 28 b. m. w Zaleszczykach.

Co się niniejszém do powszechnej podaje wiadomości.

Z Prezydium c. k. Namiestnictwa. Lwów, dnia 22 grudnia 1865.

Nr. 35353. Kundmachung. (1299. 2-3)

In der zweiten Hälfte des Monats November l. J. ist die Kinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 11 Dörfern erloschen, und zwar: in Ratyszcze, Zagórze des Zloczower, Reklimiec, Kulawa, Winniki, Kulików des Zolkiewer, Polanka, Mostki, Sknilów des Lemberger, Ostrow des Przemysler und Rosochacz des Czortkower Kreises, wornach dieser Kreis feuchtfrei geworden ist.

Neu ausgebrochen ist diese Seuche in 4 anderen Dörfern, und zwar: in Koniuszków des Zloczower, Rehfeld des Brzezaner, Głęboka des Samborer und Kruchel wielkie des Przemysler Kreises.

Es werden noch 34 Seuchenerthe ausgewiesen, von denen 9 dem Zloczower, je 5 dem Brzezaner, Zolkiewer und Lemberger, 4 dem Tarnopoler, 3 dem Przemysler und 2 dem Samborer Kreise angehören.

Diese Mittheilung der k. k. Statthalterei in Lemberg vom 6. d. M. wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Vom k. k. Statthalterei-Präsidium. Krakau, am 20. Dezember 1865.

3. 3386. Kundmachung. (1305. 1-3)

Das k. k. Statthalterei-Präsidium in Lemberg hat mit dem Erlasse vom 13. Dezember 1865 3. 12346 auf Grund des § 11 der Einführungsverordnung zum Handelsgesetze vom 17. Dezember 1862 (R. G. B. Nr. 1) für den Krakauer k. k. Oberlandesgerichts-Sprengel die „Krakauer Zeitung“ und den in Wien erscheinenden „österreich. Central-Anzeiger für Handel und Gewerbe“ als diejenigen Zeitschriften zu bezeichnen befunden, in welchen die in den Artikeln 12 und 13 des erwähnten Gesetzes aufgeführten Kundmachungen im Laufe des Jahres 1866 zu veröffentlichen sein werden.

Was nach § 11 des Einführungsgesetzes hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Vom k. k. Oberlandesgerichts-Präsidium. Krakau, am 18. Dezember 1865.

Obwieszczenie.

C. k. Prezydium Namiestnictwa we Lwowie w zastósowaniu się do § 11 ustawy wydanéj w przedmiocie zaprowadzenia kodeksu handlowego z dnia 17 grudnia 1862 nr. 1, D. U. P. rozporządzeniem z dnia 13 grudnia 1865 do l. 12346 przeznaczyło dla obrebu c. k. Sadu krajowego wyższego Krakowskiego pisma publiczne, w których zamieszczane być mają ogłoszenia w ciągu roku 1866 w artykule 12 i 13 zezwonego kodeksu wzmiankowane, a mianowicie „Krakauer Zeitung“ i „Central-Anzeiger für Handel und Gewerbe“, z których pierwsze w Krakowie, drugie zaś w Wiedniu wychodzi.

Co się niniejszém w ślad § 11 ustawy wprowadzonej do powszechnej wiadomości podaje.

Z Prezydium c. k. Sadu wyższego krajowego. Kraków, 18 grudnia 1865.

L. 23673. Edykt. (1284. 1-3)

C. k. Sad krajowy w Krakowie jako Sad wekslowy niniejszém wiadomo czyni p. T. (Tobiaszowi) Mandelbaumowi z miejsca pobytu niewiadomemu, iż przeciwnie pod dniem 14 grudnia 1865 l. 23673 p. Mi-

chal Eibenschütz o zapłacenie sumy wekslowej 520 zlr. w. a. z przyn. pozew wytoczył, w załatwieniu którego dłużnikowi wekslowemu p. T. (Tobiaszowi) Mandelbaumowi do rak ustanowionego dla kuratora w osobie p. adw. Dra. Koczyńskiego z zastępstwem p. adw. Dra. Machalskiego polecono, aby na zasadzie wekslu z dnia 2 sierpnia 1865 za trzy miesiące od daty płatnego, należytość wekslową w kwocie 520 zlr. w. a. z procentem 6% od dnia 3 listopada 1865 i kosztami w kwocie 8 zlr. 94 kr. w. a. przyznanemi p. Michałowi Eibenschützowi w trzech dniach pod surowością egzekucyi wekslowej zapłacił, lub w tym samym terminie zarzuty do Sadu wniósł.

Poleca się zatem pozwanemu, aby w czasie wyż zakreślonym albo sam stanął, albo ustanowionemu dla siebie kuratorowi potrzebne środki do obrony udzielił, albo sobie innego obrońcę obrał i o tém Sadowi tu tejszemu doniósł, w przeciwnym bowiem razie skutki z zaniedbania wyniknąć mogące sam sobie przypisać będzie musiał.

Kraków, dnia 15 grudnia 1865.

3. 20521. (1300. 2-3)

Pränumerationsankündigung

auf den Jahrgang 1866 des Verordnungsblattes für den Dienstbereich des österreichischen Finanz-Ministeriums.

Das seit dem Jahre 1854 bestehende Verordnungsblatt des österr. Finanz-Ministeriums wird auch im Jahre 1866 in der bisherigen Form und Eintheilung hinausgegeben werden. — Dasselbe wird nebst allen im R. G. B. kundgemachten Gesetzen und Verordnungen finanziellen Bezuges, alle wichtigeren Normal-Entscheidungen und Erläuterungen des Finanz-Ministeriums in Angelegenheiten der directen und indirecten Besteuerung (insbesondere in Zoll- und Verzehrungssteuer, dann Stempel- und Gebühren-Sachen) im Cassa- und Verrechnungs-Wesen, dann der Montan-Verwaltung, ferner im Anhang die Auszeichnungen und Ernennungen der Finanzbeamten enthalten. — Der Pränumerationspreis für den ganzen Jahrgang wird in loco Wien mit 1 fl. 40 kr., außerhalb Wien bei portofreier Zustellung mit 2 fl. 5. W. festgesetzt. — Pränumerationen werden bei allen k. k. Postämtern in den Kronländern angenommen. — Reclamationen nicht erhaltener Nummern sind längstens innerhalb acht Tagen nach Erhalt der nächsten Nummer bei der k. k. Zeitungs-Hauptexpedition in Wien einzubringen, in welchem Falle allein der Ersatz kostenfrei geleistet wird.

Ver späteten Reclamationen ist ein Betrag von 10 kr. 5. W. für jedes einzelne reclamirte Exemplar beizuschließen, widrigenfalls dieselben als nicht eingelangt behandelt werden.

Die seit dem Jahre 1854 erschienenen Jahrgänge dieses Verordnungsblattes können, so weit der Vorrath derselben zureicht, zum Preise von 2 fl. 5. W. per Jahrgang, dann das Sach- und Orts-Register der Jahrgänge 1854 bis 1863 zum Preise von 1 fl. 40 kr. per Exemplar vom Hof- und Staats-Druckerei-Verlage in Wien (Stadt Singerstraße Nr. 26) bezogen werden.

Ein Verkauf einzelner Exemplare dieses Verordnungsblattes findet nicht statt.

Krakau, am 18. Dezember 1865.

3. 6878. Edict. (1297. 3)

Vom k. k. Kreisgerichte Neu-Sandez werden in Folge Einschreitens des Hrn. Andreas Janikiewicz, bürgerlichen Besitzers und Bezugsberechtigten des im Sandejer Kreise liegenden, in der Landtafel Dom. Lib. Dom. 170, pag. 2, 1418, 455, pag. 27, n. 42, haer. vorkommenden Gutes Szyk — scheda H. Pustki genannt, behufs der Zuweisung des laut Zugschrift der Krakauer k. k. Grundentlastungs-Ministerial-Commission vom 13. August 1855 3. 5174 für obigen Gutsantheil bewilligten Urbarial-Entschädigungscapitals pr. 3290 fl. 45 kr. 5. W. diejenigen, denen ein Hypothekrecht auf den genannten Gütern zusteht, hiemit aufgefodert, ihre Forderungen und Ansprüche längstens bis zum 30. Jänner 1866 bei diesem k. k. Gerichte schriftlich oder mündlich anzumelden; Die Anmeldung hat zu enthalten:

- a) die genaue Angabe des Vor- und Zunamens, dann Wohnortes (Haus-Nr.) des Anmelders und seines allfälligen Bevollmächtigten, welcher eine mit den

- gesetzlichen Erfordernissen versehen und legalisirte Vollmacht beizubringen hat; b) den Betrag der angesprochenen Hypothekforderung, sowohl bezüglich des Capitals, als auch der allfälligen Zinsen, in so weit dieselben ein gleiches Pfandrecht mit dem Capitale genießen; c) die bürgerliche Bezeichnung der angemeldeten Post, und d) wenn der Anmelder seinen Aufenthalt außerhalb des Sprengels dieses k. k. Gerichtes hat, die Namhaftmachung eines hierorts wohnenden Bevollmächtigten, zur Annahme gerichtlicher Verordnungen, widrigenfalls dieselben lediglich mittelst der Post an den Anmelder, und zwar mit gleicher Rechtswirkung, wie die zu eigenen Händen geschehene Zustellung würden abgehendet werden.

Zugleich wird bekannt gemacht, daß derjenige, der die Anmeldung in obiger Frist einzubringen unterlassen würde, so angehen werden wird, als wenn er in die Ueberweisung seiner Forderung auf den obigen Entlastungs-Capitals-Vorschuß nach Maßgabe der ihn treffenden Reihenfolge eingewilligt hätte, und daß diese stillschweigende Einwilligung in die Ueberweisung auf den obigen Entlastungs-Capitals-Vorschuß auch für die noch zu ermittelnden Beträge des Entlastungs-Capitals gelten werde; daß er ferner bei der Verhandlung nicht weiter gehört werden wird. Der die Anmeldefrist Veräußernde verliert auch das Recht jeder Einwendung und jedes Rechtsmittel gegen ein von den erscheinenden Theilnehmern im Sinne § 5 des kai. Patentens vom 25. September 1850 getroffenes Uebereinkommen, unter der Voraussetzung, daß seine Forderung nach Maß ihrer bürgerlichen Rangordnung auf das Entlastungs-Capital überwiesen worden, oder im Sinne des § 27 des kai. Patentens vom 8. November 1853 auf Grund und Boden verpfändet geblieben ist.

Aus dem Rathe des k. k. Kreis-Gerichtes. Neu-Sandez, am 13. November 1865.

3. 18565. Edict. (1296. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreis-Gerichte wird den Abwesenden Katharina Hartmann und Anton Hartmann mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselben Israel Gewertz wegen der Wechselsumme von 256 fl. 30 kr. 5. W. j. N. G. unterm 30. November 1865 3. 18565 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 4. Dezember 1865 3. 18565 ein Zahlungsauftrag erloschen ist.

Da der Aufenthaltsort der Belangten Katharina Hartmann und Anton Hartmann gegenwärtig unbekannt ist, so hat das k. k. Kreis-Gericht zu deren Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Hrn. Dr. Jarocki mit Substitution des Hrn. Dr. Grabezyński als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem Kreis-Gerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertretung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabfümmung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würden.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, den 4. Dezember 1865.

Nr. 18395. Edict. (1271. 2-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird dem abwesenden Mordko Zylber mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben die Welf Jakobsohn'sche Creditmasse durch den Verwalter Hrn. Dr. Anton Hoberiski unterm 27. November 1865 3. 18395 wegen der Wechselsumme von 112 fl. 25 kr. 5. W. j. N. G. eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 30. November 1865 3. 18395 ein Zahlungsauftrag erloschen ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Mordko Zylber gegenwärtig unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Advocaten Hrn. Dr. Grabezyński mit Substitution des Hrn. Advocaten Dr. Serda als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

A. A. priv. österreichische Pfandleih-Gesellschaft.

Kundmachung.

Der Verwaltungsrath der k. k. priv. österreichischen Pfandleih-Gesellschaft hat auf Grund der §§ 73 und 10 der Statuten beschloffen:

1. von dem Reingewinne des laufenden Geschäftsjahres 1865 die 6perc. Zinsen des eingezahlten Grund-Capitals mit fl. 4. 80 kr. pr. Actie.

vom 2. Jänner 1866 ab

zu erfolgen, und 2. zur Vermehrung des Grundcapitals eine weitere Einzahlung von 20 pCt., d. i. fl. 40 pr. Actie einzufordern, welche nebst vom 1. Jänner 1866 laufenden 6perc. Zinsen

bis 1. Februar 1866

zu leisten ist. Die Zahlung der Zinsen von fl. 4.80 pr. Actie, so wie die Einzahlung von 20 pCt. des Grundcapitals geschieht bei der Hauptcassa der Gesellschaft (Stadt, Wipplingerstraße Nr. 28) und wird auf den beizubringenden Actien-Interimsscheinen bestätigt.

Wien, am 20. Dezember 1865.

Die k. k. priv. österreichische Pfandleih-Gesellschaft. Mayrau mp. Mayrhofer mp.

Meteorologische Beobachtungen.

Table with 9 columns: Barom.-Höhe, nach Reaumur, Relative Feuchtigheit der Luft, Richtung und Stärke des Windes, Zustand der Atmosphäre, Erscheinungen in der Luft, Aenderung der Wärme im Laufe des Tages. Rows 27, 28, 29.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen anderen Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertretung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabfümmung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, am 30. November 1865.

Der Israelit.

ein Centralorgan für das orthodoxe Judenthum, herausgegeben von Dr. Lehmann in Mainz, Verlag der Le Roux'schen Hofbuchhandlung daselbst. (1307. 1) Preis des Jahrgangs 3 Thaler; bei directer franco-Zustellung unter Streifband 5. W. fl. 6. Alle Postämter und Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.

Wiener Börse-Bericht

Table with 3 columns: Description of securities (e.g., Nationalbank, Credit-Anstalt), and two columns for prices in 50 and 100 fl. units.

Table with 3 columns: Description of securities (e.g., Nationalbank, Credit-Anstalt), and two columns for prices in 50 and 100 fl. units.

Table with 3 columns: Description of securities (e.g., Nationalbank, Credit-Anstalt), and two columns for prices in 50 and 100 fl. units.

Table with 3 columns: Description of securities (e.g., Nationalbank, Credit-Anstalt), and two columns for prices in 50 and 100 fl. units.

Table with 3 columns: Description of securities (e.g., Nationalbank, Credit-Anstalt), and two columns for prices in 50 and 100 fl. units.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

Table with 3 columns: Destination (e.g., Krakau, Breslau, Wien), departure/arrival time, and train type.